



**Rede der Vorsitzenden der Frauen Union der CDU
Deutschlands Annette Widmann-Mauz MdB**

**„75 Jahre Frauen Union“
anlässlich der Festveranstaltung
„75 Jahre Artikel 3 Grundgesetz – Männer und Frauen sind
gleichberechtigt – Wirklich?“**

**24. Februar 2024,
Museum König, Bonn**

Frauen Union der CDU
Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle

Klingelhöferstrasse 8
10785 Berlin

Telefon 030 20070453
fu@cdu.de
www.frauenunion.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

75 Jahre Grundgesetz – 75 Jahre Frauen Union

Ein Zufall?

Sicher nicht.

Dieses wunderbare Museum König wurde als Sitz für den
Parlamentarischen Rat ausgewählt, weil Bonn im Krieg nicht zerstört
worden war.

Im ausgebombten Köln oder Koblenz sah das ganz anders aus. Die
Bilder der Trümmerfrauen, die Steine aus dem Schutt zusammentrugen,
sind wie eingebannt im kollektiven Gedächtnis unseres Landes.

Auch Helene Weber war eine Trümmerfrau – im übertragenen Sinne. Sie
wollte die Zerstörungen durch die Nationalsozialisten beseitigen, die
Demokratie wiederaufbauen und dabei Fehler der Weimarer Republik
vermeiden.

Sowohl unsere Verfassung als auch die Gründung der
Frauenarbeitsgemeinschaft von CDU und CSU in Frankfurt am Main,
sind aus diesen Erfahrungen erwachsen.

- Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wollten eine freiheitlich-
demokratische Grundordnung, die auch gegen Feinde der
Demokratie standhält.

- Die Gründungsmitglieder der CDU wollten eine Partei neuen Typs, eine Union, die alte Gräben überwindet.

Und unsere Vorgängerinnen in der CDU wollten nicht noch einmal ihrer Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten durch eine Ideologie beraubt werden und betrieben deshalb ganz bewusst und zielgerichtet den organisatorischen Schulterschluss von Frauen in der Frauenvereinigung und der Frauen Union.

„Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“ (Sitzung, 2.12.1949)

So fasste Helene Weber ihre leidvollen persönlichen, beruflichen und politischen Erfahrungen 1949 in einem Satz zusammen.

Die Bedeutung von Helene Weber für die Demokratie und Gleichberechtigung in Deutschland und die CDU ist kaum zu überschätzen.

Und dennoch: Die Namen von Konrad Adenauer, Andreas Hermes oder Jakob Kaiser kennt Man(n). Aber Helene Weber?

Sehr gerne komme ich deshalb der Bitte nach, über unsere erste Vorsitzende der Frauen Union zu sprechen.

Helene Weber war eine echte Powerfrau und Netzwerkerin. Sie war ihrer Zeit weit voraus.

Als Führungspersönlichkeit hat sie Maßstäbe gesetzt.
Vor allem aber war sie eine Frau mit Herz und Verstand!

Liebe Frau Kuron,

Sie haben beim Gedanken an Helene Weber vermutlich zuerst eher an sie als eine der Mütter des Grundgesetzes gedacht. Eine von Vieren, gegenüber einer Vielzahl von Männern im Parlamentarischen Rat. Sage und schreibe 61 Väter an der Zahl!

Ich musste wirklich schmunzeln, dass die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU 1948 bereits darauf bestanden hat, dass „mindestens eine Frau“ der CDU im Parlamentarischen Rat vertreten sein müsse. Manches kommt einem einfach bekannt vor!

Helene Weber hatte Politik im Blut. Und die Gleichberechtigung von Frauen trieb sie an. Mit großem sozialem Engagement (Caritas,

Müttergenesungswerk) und dem klaren Wertekompass einer Katholikin kämpfte die Elberfelderin für ihre Ziele.

Die Schulleiterin war eine Politikerin der ersten Stunde. Unmittelbar nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland wurde sie 1919 als Zentrums-Abgeordnete in die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt, dann in den Preußischen Landtag und später in die Weimarer Nationalversammlung.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs trat sie unmittelbar der CDU bei, wurde zunächst Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag und schließlich von 1949 bis zu ihrem Tod 1962 im Deutschen Bundestag.

Und: Sie war die erste Vorsitzende der Frauen Union.

Ganz aktuell und spannend: Schon damals schlugen die Frauen neue, erfolgreiche Wege in der Parteiarbeit ein und führten 1948 in der Frauen Union eine „Doppelspitze“ für den Vorsitz ein. Bis 1969 gab es jeweils eine katholische und eine evangelische Vorsitzende. Unterschiede wurden so durch Zusammenarbeit überwunden – oder wie man heute sagen würde „Gemischte Teams schaffen Mehrwert“.

Studieren, den Lebensunterhalt selbst bestreiten, einer Partei beizutreten, wählen und gewählt zu werden, - das waren vor einhundert Jahren völlig neue vielversprechende Optionen für Frauen. Sie war entschlossen, sie zu nutzen und politisch zu gestalten. Davon ließ sie sich auch nicht von Konrad Adenauer abbringen, der ihr als Kölner Oberbürgermeister anbot, die Leitung eines Lyzeums zu übernehmen – unter der Voraussetzung, dass sie ihre politische Tätigkeit einstellen würde. Zu unserem Glück lehnte sie ab und prägte fortan die junge Bonner Republik maßgeblich.

Das Ringen um Macht und Einfluss, das Leben von Frauen verbessern: Das eint unsere Vorkämpferinnen in der Frauen Union bis heute.

Helene Weber hat durch ihr Wirken im Parlamentarischen Rat Geschichte geschrieben. Gemeinsam mit Elisabeth Selbert und Frieda Nadig von der SPD sowie der Zentrumsministerin Helene Wessel setzte sie die Verankerung von Artikel 3 Abs. 2 im Grundgesetz durch.

In der Weimarer Verfassung von 1919 hieß es noch „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“. – Damit waren aber auch Ausnahmen möglich.

Die neue, schlichte Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ war demgegenüber deutlich weitreichender und sicherer. Sie konnte erst nach mehreren Abstimmungsrunden und dank

der bundesweiten Mobilisierung von Frauen im Parlamentarischen Rat durchgesetzt werden.

Damals gab es noch keine Sozialen Medien oder Change.org zur Mobilisierung. Waschkörbeweise Postkarten sind der Beweis dafür, dass Frauen endlich die volle Gleichberechtigung wollten.

Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes war das Fundament und zugleich der Startschuss für die Umsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung in Deutschland in allen Rechts- und Lebensbereichen.

Helene Weber wollte noch mehr: Sie forderte auch noch einen Artikel zur Lohngleichheit ein. Wenn sie sich damit schon damals hätte durchsetzen können, wären wir heute schon viel weiter.

Als engagierte Katholikin machte sie sich erfolgreich für den Schutz von Ehe und Familie sowie das Elternrecht in Art. 6 und 7 des Grundgesetzes stark.

Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch die Zwangsmitgliedschaft in der Hitlerjugend und im Bund Deutscher Mädel sollte es nicht noch einmal geben.

Was es bedeutet, wenn Rechtsextreme die Macht ergreifen, hatten Helene Weber und die spätere erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt leidvoll erfahren müssen.

Im Juni 1933, nur fünf Monate nach der Machtergreifung Hitlers, verlor Helene Weber ihre Beamtenstellung als Ministerialrätin. Ein neues Gesetz erlaubte es, Juden und unliebsame Personen aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.

Auch die Juristin Elisabeth Schwarzhaupt konnte schon im Mai 1933 nicht mehr als Richterin arbeiten. Die frauenverachtende Politik der Nationalsozialisten verhinderte, dass Frauen über Männer richteten. Sie wurde aus dem Justizdienst entlassen. Ihr jüdischer Verlobter musste emigrieren.

Es ist ermutigend, andererseits aber auch höchste Zeit, dass viele Menschen heute aufstehen und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus protestieren. Denn es ist erschreckend, wie sich die Denkmuster damals und heute ähneln.

Bei dem Potsdamer Treffen von Identitären sowie Mitgliedern von AfD und WerteUnion fantasierten die Teilnehmer über "Remigration". Unliebsame Ausländer und Deutsche sollen das Land verlassen.

Das erinnert an die dunkelsten Stunden unserer Geschichte.

Das darf sich nicht wiederholen.

Vor einer Woche hat sich die sog. WerteUnion als Partei gegründet. Damit ist auch für jeden Außenstehenden klar, dass diese Gruppierung kein Teil der CDU ist.

Wer die WerteUnion unterstützt, richtet sich gegen die Werte, die wir vertreten. Ihr Vorsitzender wird vom Verfassungsschutz als Person im Bereich des Rechtsextremismus geführt.

Deshalb ist völlig klar: Die Mitgliedschaft in der WerteUnion – sei es in der neu gegründeten Partei oder in dem noch bestehenden Verein – ist unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der CDU und der Frauen Union.

Ja, auch Frauen sind leider nicht vor diesem menschenverachtenden Gedankengut gefeit.

Dass die CDU des Oberbergischen Kreises ein Parteiausschlussverfahren gegen die Landesvorsitzende NRW der WerteUnion Simone Baum eingeleitet hat, die an diesem Treffen teilnahm, ist deshalb die einzig richtige Reaktion.

Frauenfeindlichkeit, die systematische politische Ablehnung von Emanzipation und Gleichberechtigung sowie Antisemitismus beschwören diejenigen, die unsere Demokratie untergraben und vernichten wollen. Emanzipation und Feminismus dienen als Projektionsfläche für chauvinistische, rückwärtsgewandte gesellschaftliche Vorstellungen. Rechtsextreme nutzen sie zur politischen Polarisierung und Mobilisierung.

Entsprechende Narrative findet man auch bei autokratischen Herrschern und Narzissten wie Waldimir Putin, den Mullahs in Iran oder Donald Trump.

Freiheits- und Menschenrechte werden immer wieder bedroht. Aus Gedanken werden Worte. Aus Worten Taten: Gewalt gegen Frauen.

- In Polen und Teilen der USA wurde das Abtreibungsrecht verschärft,
- im Iran bezahlen Frauen ihren Wunsch nach Selbstbestimmung und Freiheit mit dem Leben,
- im Krieg gegen die Ukraine setzt Russland systematisch auf die Vergewaltigung von Frauen und die Verschleppung von Kindern.

„Nie wieder“ war eine der Lehren, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1948 leitete.

„Nie wieder“ ist die Aufgabe, die auch heute vor uns liegt.

Unser Grundgesetz ist dafür Kompass und Schutzwall zugleich:

- Der Mensch ist niemals nur ein Objekt und Frauen sind keine Ware. Deshalb wollen wir ein Sexkaufverbot in der Prostitution. Die in Art. 1 geschützte Menschenwürde muss auch für Menschenhandelsopfer und Prostituierte Realität werden.
- Wir lehnen einseitige Rollenzuweisungen für Frauen ab. Sie sollen selbst entscheiden, ob und wie sie Beruf und Familie vereinbaren möchten. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die freie Berufswahl sind in Art. 2 und in Art. 12 festgeschrieben.
- Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung. Chancengleichheit für Frauen ist die Grundvoraussetzung dafür. Das reicht aber nicht aus. Gesellschaftliche Rollenbilder und Strukturen müssen sich dauerhaft verändern. Während der Corona-Pandemie haben wir gesehen, wie rasch traditionelle Rollenbilder wieder greifen und die partnerschaftliche Aufgabenteilung wie Eis in der Sonne schmilzt.
- Art. 3 ist zugleich ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus. Denn niemand darf wegen seines Geschlechts, der Abstammung oder seiner Religion diskriminiert werden.
- Hass und Hetze untergraben die Demokratie. Die AfD nutzt die sozialen Medien, um sich als Opfer der freien Presse darzustellen. Zugleich verbreitet sie geschickt Hetze und platziert systematisch Grenzüberschreitungen. Dementis erfolgen gar nicht oder halbherzig. Wer die in Art. 5 garantierte freie Presse als Lügenpresse diskreditiert, hat nichts anderes als Einschüchterung und die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Sinn.
- Und: Wir werden nicht zusehen, wie Gewaltbereite, Identitäre, Reichsbürger und Rechtsextreme die verfassungsmäßige Ordnung untergraben oder sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Diese Schranke zieht das Grundgesetz in Art. 9.

Was der Parlamentarische Rat hier im Museum König vollbracht hat, ist ein Meisterwerk.

Es ist diese Verfassung, die uns in 75 Jahren geleitet und unsere politische Arbeit bestimmt hat, - in der CDU und auch in der Frauen Union.

Heute auf den Tag vor zwei Jahren hat Russland die unabhängige Ukraine überfallen und mit einem unbarmherzigen, brutal geführten Krieg überzogen. 85 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs liegen wieder Städte in Schutt und Asche, ganze Landstriche sind besetzt, Soldatinnen und Soldaten sterben an der Front, frieren in Schützengräben oder sind schwer verwundet, Millionen Menschen auf der Flucht. Frauen und Kinder müssen unvorstellbare Gräueltaten erleiden. Vergewaltigung wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt, Kinder entführt und nach Russland verschleppt.

Wieder braucht es starke Frauen – als Mütter, die ihre Kinder vor dem Bombenalarm schützen, als Soldatinnen, die Freiheit und Sicherheit mit Waffen verteidigen, als Verhandlerinnen, die der Stimme unzähliger vom Krieg getroffener Frauen, Mädchen und Familien eine Stimme geben.

Sie müssen mit am Tisch sitzen, wenn entschieden wird, welche Hilfen und Unterstützung die Soldatinnen in der Armee, Schwangere und Vergewaltigte, Kinder, Waisen, Alte und Behinderte in den Kriegs- und befreiten Gebieten benötigen. Nicht erst, wenn der Wiederaufbau ansteht, sondern schon jetzt, wenn es gilt, die Kriegsverbrechen zu benennen, zu ahnden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch der unerschütterliche Kampf und beeindruckende Überlebenswille von Frauen wie Julia Nawalnaja, die sich dem russischen Machtapparat nicht beugt, machen Mut.

Wir brauchen all diese Frauen. Wir brauchen Sie alle für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten – heute so sehr wie vor 75 Jahren!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.